

Anrede,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

- Die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung aus Grünen, FWG und SPD hat für 2023 massive Erhöhungen der Gebühren beschlossen für Abfall, Abwasser und Wasser
- Das werden die Menschen ab Anfang nächsten Jahres deutlich zu spüren bekommen – gerade kleine und mittlere Einkommen – einen Vier-Personen-Musterhaushalt belastet das mit 330 Euro zusätzlich
- Jetzt planen Grüne, FWG und SPD darüber hinaus, unter anderem die Grundsteuern zu erhöhen – die Erhöhungen bedeuten weitere durchschnittlich 70 Euro pro Kopf – einen Vier-Personen-Haushalt also im Schnitt um weitere 280 Euro
- Die Bundesregierung unternimmt zurzeit zahlreiche Anstrengungen, um die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger aus steigenden Lebensmittelpreisen, Strom und Gas so gut es geht abzufedern
- Die Stadt geht den umgekehrten Weg und setzt noch Gebühren und Steuern obendrauf

Anrede,

- Es ist unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht
- Wir müssen das Defizit bis 2026 wieder in ein Plus drehen
- Wie will man das tun? Wo setzt man?
- In der Genehmigung des Haushalts 2022 von der Kommunalaufsicht findet sich dazu die Empfehlung einer „kritischen Überprüfung der vorgehaltenen Leistungen und Standards“ – und weiter wird verwiesen auf die „Möglichkeit von Haushalts- und Stellenbesetzungs-Sperren zu nutzen“ und schließlich die „Übernahme neuer Aufgaben oder Ausweitung bestehender kritisch zu überprüfen“
- Das also die Meinung der Kommunalaufsicht
- Muss ja nicht unsere eigene sein
- Was sagen wir denn dazu – zunächst Blick in den Jahresabschluss der Stadt Friedrichsdorf 2021 – Anfang November erst hier im Parlament gewesen, also gar nicht so lang eher. Im Rechenschaftsbericht heißt es also: „Abschließend muss festgestellt werden, dass die Stadt Friedrichsdorf kein grundsätzliches Einnahmeproblem, sondern ein deutliches Ausgabeproblem hat. Der derzeit politisch noch immer angestrebte Standard muss, angesichts der finanziellen Lage der Stadt Friedrichsdorf, kritisch hinterfragt werden.“
- Das ist unterschrieben von Lars Keitel, Bürgermeister
- Kein Einnahmeproblem, deutliches Ausgabenproblem
- Also müssen wir wohl an die Ausgaben ran
- Als erstes schauen wir mal in das Haushaltssicherungskonzept, darin sind laut HGO verbindliche Festlegungen über Konsolidierungsmaßnahmen zu treffen
- Das HH-Sicherungskonzept des Magistrates nennt nur eine Maßnahme: Steuererhöhungen
- Korrigiere mich: mehrere Steuererhöhungen
- Grundsteuer A und B sollen in mehreren Schritten steigen, dazu die Gewerbesteuer
- kein einziger Vorschlag zur Reduzierung der Ausgaben
- kein einziges Wort zu einer Kürzung an einer Stelle
- keine einzige Silbe zur Hinterfragung der vorgehaltenen Leistungen und Standards

Anrede,

- als FDP haben wir immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Ausgabenseite anzugehen

- zuletzt an dieser Stelle vor einem Jahr
- dabei haben wir besonders erwähnt, die Stadt plant
 - die Ausgaben mit zu großem Sicherheitspuffer
 - und die Gewerbesteuereinnahmen zu niedrig, zu pessimistisch
- Manchmal tut es gut, einfach Recht zu behalten
- Am Beispiel Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die FDP hat damals mit Verweis auf den Finanzzwischenbericht aufgezeigt, dass diese mit über 2 Mio. weniger anfallen werden als für 2021 geplant
- Der Jahresabschluss zeigt tatsächlich auch Minderausgaben in diesem Bereich von 2,3 Mio.
- Die FDP hat daher zahlreiche Anträge zum Haushalt 2022 gestellt, die meisten wurden abgelehnt
- wir haben prophezeit, dass die Mittel auch 2022 nicht verausgabt werden
- Der Forecast 2022 FZB Q3II zeigt, auch die Verwaltung geht davon aus, dass wiederum rund 2 Mio. nicht gebraucht werden
- Also ist es wieder unser erster Ansatz mit unseren Anträgen, Planansätze zu reduzieren, realistische Werte anzusetzen
- Realistischere Wert unter Berücksichtigung dessen, was laut Jahresabschluss in 2021 tatsächlich verausgabt wurde und was zum Stand Ende November bisher in diesem Jahr ausgegeben wurde
- In Summe waren das Reduzierungen von über 1 Mio. Euro
- Warum ist das so wichtig?
- Die geplanten Erhöhungen der Grundsteuer A und B machen etwas mehr als 2 Mio. aus
- Berücksichtigt man die Kreis- und Schulumlage mit knapp 55%, bleiben von jedem Euro Steuererhöhung weniger als 50ct in Friedrichsdorf, der Rest geht an den Kreis
- Diese Vorschläge hätte also ausgereicht, um die Erhöhung der Grundsteuer A und B für 2023 langfristig, nachhaltig zu vermeiden
- 39 unserer Anträge waren auch auf einer Änderungsliste der Verwaltung, die wir im Ausschuss als Tischvorlage bekommen haben
- 20 unserer Anträge haben Sie zugestimmt – zum Teil mit niedrigeren Reduzierung als von uns vorgeschlagen – aber immerhin
- 9 Anträge hat die Mehrheit des Ausschusses leider abgelehnt – leider genau die Anträge mit größeren Reduzierungen an den größeren Brocken im Haushalt
- Leider hat die Änderungsliste der Verwaltung weitere Ausgabensteigerungen enthalten, welche die o.g. Reduzierungen wieder mehr als zunichtegemacht haben – insbesondere die geplante Erhöhung der Kreisumlage
- Auch beim zweiten Punkt haben wir Recht behalten
- Die FDP hat zum letzten Haushalt beantragt, die geplanten Erträge aus der Gewerbesteuer nach oben zu korrigieren
- Der FZB QIII zeigt eine Abweichung von 2,4 Mio. Euro – Mehr eingenommen als geplant
- Geht mir nicht darum, Recht behalten zu haben – auch wenn ich zugebe, dass es natürlich guttut
- Es geht darum, dass wir nicht weiter, wieder zu vorsichtig planen
- Der ursprüngliche Ansatz für die Gewerbesteuer für 2023 hätten eine Reduzierung gegenüber der Prognose für 2022 bedeutet, wenn man Erhöhung des Hebesatzes herausrechnet – 2023 also weniger Gewerbesteuer als 2022 – obwohl die Kommunalaufsicht von einem Plus von 13,5% ausgeht (das ist nicht etwa die Einschätzung vom Anfang des Jahres sondern im Oktober)

- In unserer Erwartung steigen die Erträge, wir können die Werte des Haushaltsentwurfes vom 3. November auch ohne Erhöhung des Hebesatzes zu erreichen
- Die Verwaltung bremst erwartungsgemäß wieder – die Zahlen des FZB QIII würden so nicht bis Jahresende bleiben – von einer Erosion der Gewerbesteuer ist die Rede, von Sondereffekten – wie übrigens schon 2021
- Mit der Erhöhung liegt Friedrichsdorf bei der Gewerbesteuer deutlich über dem Durchschnitt in Hessen und noch wichtiger auch im Vergleich des Hochtaunuskreises – also unserer direkten Nachbarn
- Das belastet die Unternehmen, und das in dieser Zeit – nach Corona, die Auswirkungen sind noch nicht ganz verdaut – kann man daran ablesen, dass die Erträge aus Gewerbesteuer zwar steigen, sie liegen aber immer noch nicht auf Vor-Corona-Niveau
- Auch unsere Friedrichsdorfer Unternehmen werden belastet mit steigenden Preisen, Inflation, dazu Lieferengpässe, Personalausfälle
- Gerade jetzt wäre es also wichtig, unsere Gewerbetreibenden zu unterstützen, und zwar mehr als mit sieben Firmenbesuchen pro Jahr
- Gerade jetzt ist es wichtig, sie in Friedrichsdorf zu halten, Arbeitsplätze in Friedrichsdorf zu sichern und auch neue Betriebe in Friedrichsdorf anzusiedeln
- Es gibt immer noch freie Gewerbeflächen in Köppern-Nordost
- Der Gewerbepark steht zu großen Teilen immer noch leer
- Und zur Industriestraße will ich mich jetzt lieber nicht äußern – sonst gibt es gleich wieder ein Sturm der Entrüstung
- Klar ist, mit diesem überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuersatz wird das alles nicht besser
- Und gerade große Unternehmen haben Möglichkeiten, den Erhöhungen durch Umstrukturierungen und Verlagerungen auszuweichen – mit der Erhöhung könnten sie also dazu beitragen, dass sich Ihre eigene „vorsichtige“ Planung erfüllt

Anrede,

- Ja, die FDP hat die Initiative der vier Vereine, die auf den Sportpark als Trainings- und Wettkampfstätte angewiesen sind, diese Initiative aufgegriffen und Mittel für eine Flutlichtanlage auf dem Rasenplatz des Sportparks beantragt
- Aus Sicht der Vereine ist dies die dringlichste Maßnahme, um die glücklicherweise sehr aktive Jugendarbeit mit steigenden Kinderzahlen, der Integration von Flüchtlingen aufrecht erhalten zu können
- Im Winter kann der vorhandene Rasenplatz wegen der fehlenden Anlage nicht genutzt werden, der Kunstrasenplatz alleine reicht für den Trainingsbetrieb der vier Vereine schlicht nicht aus
- Ich weiß, dass viele von Ihnen auch ehrenamtlich in diesem Bereich tätig sind und erspare Ihnen an dieser Stelle einen längeren Vortrag über die Bedeutung von Sport, Sportvereinen, Mannschaftssport für die Integration, das gesellschaftliche Miteinander
- In diesem Zusammenhang Vielen Dank für den Hinweis, dann müssten die Vereine eben ihr Angebot reduzieren und Kinder die mitmachen wollten ablehnen
- Da blutet jedem aktiven, ehrenamtlichen Jugendtrainer das Herz
- Die einmaligen Mittel für die Flutlichtanlage wurde von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen, FWG und SPD abgelehnt
- Vielen Dank auch für den mitgegebenen Rat „Sparen tut eben weh“
- Sparen tut weh
- Sparen tut weh, aber zusätzliche Stellen im neuen Haushalt müssen trotzdem sein

- Unsere Anträge die beiden zusätzlichen Stellen im Bau- und Liegenschaftsamt und für Heimat- und Kulturpflege zu streichen haben Sie abgelehnt
- Sparen tut weh, aber doch bitte nicht im Bereich der Museen – Philipp-Reis-Museum und Heimatmuseum Seulberg
- Eine zusätzliche Stelle von 2,5 auf 3,5 Stellen für zwei Museen, die in der Summe 23h in der Woche geöffnet haben – aber das wird ja jetzt viel besser, ab Februar soll das Philipp-Reis-Museum noch zusätzlich an jedem ersten Sonntag im Monat seine Pforten öffnen
- Die Anträge, vier Mittelsätze bei den Museen für 2023 auf die tatsächlichen Ausgaben 2021 und die Prognose 2022 zu reduzieren – abgelehnt
- Sparen tut weh
- Sparen tut weh, aber eine schöne neue Parkanlage muss es dann doch sein – 420.000 Euro für weitere Bauabschnitte im Park an der Bleiche – unsere Streichungsanträge abgelehnt
- Sparen tut weh
- Sparen tut weh, aber bitte nicht bei den Leistungen des Bau- und Betriebshofes
- Die Mittelanmeldungen für den Winterdienst liegen mehr als dreimal so hoch wie das Ergebnis 2021
- Und mehr als viermal so hoch als die bisher verbrauchten Mittel in 2022
- Ja, es ist uns bewusst, dass dies Wetterabhängig ist und im Fall eines schneereichen Winters mehr Mittel gebraucht werden. Aber ist das dreifache realistisch? Unseren Antrag, den Puffer zumindest zu halbieren – abgelehnt
- Sparen tut weh
- Ein Hinweis aus der Verwaltung in der Diskussion um den Winterdienst, der zum Nachdenken anregt: Wenn wir einen milden Winter bekommen und der Bau- und Betriebshof weniger Schnee schieben muss, dann wird er eben Straße kehren in der Zeit
- Also, wenn kein Schnee liegt, dann macht er halt was Anderes
- Diese Denke, diese Einstellung, die dahintersteht, passt überhaupt nicht zur zitierten und angemahnten Überprüfung der vorgehaltenen Leistungen und Standards
- Ebenso die Steigerung der Mittel für den Bau- und Betriebshof insgesamt.
- Verglichen mit dem Jahresergebnis 2021 komme ich bei den dicksten Brocken auf eine Steigerung um 700.000 €
- Diese Denke, diese kategorische Ablehnung gestiegene Ansätze für den Bau- und Betriebshof in Frage zu stellen, ist Teil des festgestellten Ausgabenproblems
- Sparen tut weh
- Sparen tut weh, aber es sind 770.000 € für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen
- Dabei ist beim allergrößten Teil der Mittel noch gar nicht klar, wofür die gebraucht werden, es gibt noch keine mit Kosten hinterlegten Maßnahmen
- Wie denn auch – das Klimaschutzkonzept liegt ja auch noch gar nicht vor – soll erst 2023 verabschiedet werden
- Sparen tut weh, aber es ist der Verwaltung nicht zuzumuten, dass diese nicht unerheblichen Mittel – übrigens 770.000 € Jahr für Jahr – dass diese Mittel mit einem Sperrvermerk versehen werden, diese Mittel erst freigegeben werden, wenn das Konzept verabschiedet ist, wenn die Verwaltung einen Plan hat, welche Maßnahmen sie umsetzen möchte und welche Kosten dafür entstehen
- Sparen tut weh - Anpassung der Mittel für Artenschutz, Pflege der Streuobstwiesen, Umweltmaßnahmen auf das tatsächlich verausgabte Maß – abgelehnt, ich habe dazu im Ausschuss gelernt, dass „Kürzungen in diesem Bereich schließlich lächerlich“ sind
- Sparen tut weh und es ist richtig, dass wir im Ausschuss über jede Reduzierung der Ausgaben diskutieren. Wir haben gefühlt eine Viertelstunde um Reduzierungen von 2.000 Euro

gerungen. Dabei geht es immer um eine Abwägung von verschiedenen Aspekten und Argumenten Und natürlich ist dabei die Einschätzung der Verwaltung wichtig

- Aber eben nicht nur
- Fragen Sie mal einen Frosch, ob seiner Meinung nach der Teich trockengelegt werden soll
- Auch ich habe in der Ausschusssitzung acht Anträge zurückgezogen, weil mir die Erläuterungen der Verwaltung plausibel erschien und nach meiner Einschätzung die Mittel in 2023 auch wirklich sinnvoll eingesetzt werden
- Wenn ich aber feststellen muss, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich bei allen Anträgen danach richten, ob die Verwaltung – hier in Form des Magistrats - diese Kürzung mitträgt – also den Daumen hebt oder senkt, dann hat das aus unserer Sicht nichts mit der Abwägung von Argumenten zu tun – das ist eher blinder Gehorsam
- Nicht umsonst hat es sich bewährt, dass die Verabschiedung des Haushalts nicht in der Hand der Verwaltung/der Regierung liegt, sondern beim Parlament
- Und in unserem Falle nicht beim Magistrat, sondern der Stadtverordnetenversammlung
- Es ist ja Weihnachtszeit, da kann man sich ja mal was wünschen und ich wünsche mir, dass wir als Stadtverordnetenversammlung diese Verantwortung im nächsten Jahr stärker annehmen, mit mehr Selbstbewusstsein und Rückgrat auch der Verwaltung mal widersprechen, auch mal Mittel kürzen obwohl die Verwaltung den Daumen senkt

Anrede der FWG,

- Ich ziehe meinen Hut, dass auch Sie Einsparvorschläge in der Ausschusssitzung eingebracht haben
- Ideen, um Mittel zu kürzen, zum Teil kontrovers diskutiert wie **Brunnen, etc.**
- Ich finde das mutig, wenn man bedenkt, dass sie in einer Koalition mit Grünen und SPD arbeiten und diese Ihre Vorschläge offensichtlich ja auch nicht mitgetragen haben
- Ich ziehe auch meinen Hut, dass Sie den Antrag zur Streichung aller Mittel für den neuen Standort der Bibliothek am Houiller Platz gestellt haben
- Wir alle haben die öffentliche Diskussion dazu verfolgt, die Presseberichte, auch Sie haben sicherlich zahlreiche Anrufe dazu bekommen mit dem eindringlichen Appell, doch für die Bibliothek zu stimmen, zum Schluss noch die Online-Petition
- In dieser Stimmung mit diesen an uns herangetragenen Erwartungen, den Mut zu haben, zu sagen „wir können uns das aktuell in dieser Form nicht leisten“, finde ich mutig
- Nicht weil wir den Antrag unterstützt haben – wir haben dazu eine andere Position
- Deshalb habe ich Ihrem Antrag auch nicht zugestimmt
- Nicht zuletzt, weil die Streichung der Bibliothek einen kurzfristigen Effekt in 2023 ergeben hätte aber keinen nachhaltigen Beitrag zur langfristigen Konsolidierung des Haushaltes
- Also Respekt für Ihre Anträge
- Umso bedauerlicher und unverständlicher finde ich es, dass Sie obwohl keiner Ihrer Anträge (einer?) angenommen wurde, die Bibliothek nicht gestrichen wurde, Ihr ausgegebenes Ziel mit der Begrenzung der Grundsteuererhöhung auf 50 Punkte weit verfehlt wurde – dass Sie trotzdem im Ausschuss für den Haushalt gestimmt haben und wohl auch heute wieder zustimmen

Anrede,

- Ich möchte noch kurz auf die Anträge von Grünen, CDU und SPD eingehen
- Keine Angst, das geht – offensichtlich - ganz schnell

- Der Beitrag der Grünen zur Konsolidierung beschränkt sich auf zusätzliche Mittel für die Reinigung von Radwegen und den Vorschlag den Weihnachtsmarkt zu streichen – was Sie wieder zurückgezogen haben
- Die SPD wollte eine zusätzliche halbe Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten
- Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der CDU, die uns zumindest bei unseren Anträgen zum Investitionshaushalt zur Flutlichtanlage und bei der Streichung der Mittel für das Baugebiet Lindenstraße und den Park an der Bleiche unterstützt haben
- Hätte mich gerne revanchiert und Anträge der CDU unterstützt – es gab nur leider keine

Anrede der Koalition,

- Entscheidungen zu treffen, auch und insbesondere in der Politik, das heißt Abwägung unterschiedlicher Ziele, Vor- und Nachteile
- Natürlich ist es legitim, wenn Sie nach Abschluss dieser Abwägung sich dazu entscheiden, diesen Haushalt mit den enthaltenen empfindlichen Steuererhöhungen zu beschließen
- Wenn Sie zum Schluss kommen, dass die vorgesehenen Ausgaben mit den dahinterstehenden Zielen die Erhöhungen rechtfertigen
- Mehrheit ist Mehrheit, so ist das in der Demokratie
- Aber dann sagen Sie bitte nicht den Menschen da draußen, die am Anfang des Jahres ihren Abgabenbescheid bekommen, die im Laufe des Jahres die Abrechnung ihrer Mietnebenkosten sehen, sagen Sie den bitte nicht, dass diese Erhöhungen bei Gebühren und Steuern sein mussten, dass an diesen Erhöhungen kein Weg vorbeigeführt hat, sagen Sie bitte nicht, dass es alternativlos sei
- Seien Sie bitte so ehrlich, sagen Sie, dass Sie es für richtig halten neue Stellen zu schaffen, dass Sie es für richtig halten eine Parkanlage zu verschönern, dass Sie es für richtig halten, die Bürgerinnen und Bürger mehr zu belasten statt Ausgaben und Leistungsstandards zu hinterfragen
- Das ist legitim, aber dann stehen Sie auch dazu
- Dann ist auch ein fairer, offener Austausch darüber möglich – wie es uns in einer Demokratie gut zu Gesicht steht
- Wir Freie Demokraten freuen uns in diesem Zusammenhang, dass sich die Mehrheit im HFWD dafür ausgesprochen hat, das Streaming beizubehalten
- So können wir eine breitere Öffentlichkeit erreichen, regelmäßig um vielfaches mehr Bürgerinnen und Bürger sind online live dabei, als in Präsenz bei Stadtverordnetenversammlungen
- Und es ist gut, wenn dieses Ringen um die besten Lösungen, die Diskussionen dazu hier im Parlament eine möglichst breite Öffentlichkeit erreicht und in einer lebendigen Stadtgesellschaft mitnimmt
- Das können wir auch noch ausbauen, wenn die Kinderkrankheiten des ersten Jahres hinter uns gelassen haben, dann bin ich zuversichtlich, dass dieser Stream noch mehr angenommen wird
- Das ist also dann doch noch etwas Positives zum Haushalt, habe gelernt, man soll mit etwas Positivem enden
- Daher komme ich jetzt auch endlich zum Schluss

Anrede,

- 2022 liegt fast hinter uns, ein sehr bewegendes Jahr
- Mit dem Abklingen der Corona-Pandemie kam der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine mit dem Ziel, sich Teile des Nachbarlandes einzuverleiben – eine Zeitenwende

- Die Auswirkungen sind mit den zahlreichen Flüchtlingen und steigenden Energiepreisen bis nach Friedrichsdorf sehr deutlich zu spüren
- Es stellt die Menschen in unserer Stadt und auch die Verwaltung für erhebliche Herausforderungen
- Unser Dank gilt an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung (mit Bürgermeister Lars Keitel an der Spitze?), die sich nun seit fast drei Jahren dauerhaft im Krisenmodus befinden und mit ihrer Arbeit, ihrem Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger den Laden am Laufen halten.
- Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für die engagierte Diskussion in diesem Haus, das Ringen um die beste Lösung, manchmal leidenschaftlich, meistens fair und sachlich
- Ich sehe jetzt davon ab, Ihnen jetzt schon Frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr zu wünschen
- Hoffe, viele von Ihnen bis dahin noch zu sehen, vor allem natürlich auf den verschiedenen Weihnachtsmärkten, in Burgholzhausen, Seulberg oder besonders auf dem Landgrafenplatz
- Besonders deshalb, weil es ja vielleicht der letzte sein wird
- Bleiben Sie bis dahin und darüber hinaus gesund – nicht zuletzt, weil Ihr Engagement, Ihr Einsatz auch im nächsten Jahr gebraucht werden, um die Herausforderungen gemeinsam zu meistern, die vor uns liegen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!